



ASSEMBLÉE DES RÉGIONS D'EUROPE
ASSEMBLY OF EUROPEAN REGIONS
VERSAMMLUNG DER REGIONEN EUROPAS
ASAMBLEA DE LAS REGIONES DE EUROPA
ASSEMBLEA DELLE REGIONI D'EUROPA

Regional- und Europapolitik
Stuttgart, den 21. Juni 2002

Pressemitteilung

**Konsens europäischer Regionen
für eine zukunftsfähige Europäische Union**

Das Präsidium der Versammlung der Regionen Europas (VRE) hat in Stuttgart Positionen zur künftigen europäischen Verfassung beschlossen. *„Nur wenn alle Regionen zusammenwirken, können die Erfolge der Regionalismusentwicklung in Europa weiterentwickelt werden. Was für die unterschiedlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gilt, ist auch für Regionen entscheidend: Gemeinsam einen Konsens für die Wahrung der Vielfalt regionaler Identitäten erreichen. Ziel ist die angemessene Berücksichtigung in den europäischen Verträgen, die Respektierung der jeweiligen inneren Ordnung der Mitgliedsstaaten und damit auch der Regionen und der kommunalen Selbstverwaltung“*, so Europaminister Palmer, Präsident der VRE-Kommission 'Institutionelle Angelegenheiten', anlässlich der Präsidiumssitzung der VRE.

Am 24./25. Juni 2002 wird die VRE ihre Vorstellung zur künftigen europäischen Verfassung gegenüber dem Konvent zur Zukunft Europas in Brüssel vorbringen. Die VRE ist mit 250 Mitgliedsregionen der größte regionale Zusammenschluss in Europa.

„Eine zukunftsfähige Europäische Union braucht die Initiative und Kreativität aller Ebenen“, so Europaminister Palmer. Das Bewusstsein für regionales Denken und Handeln muss vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung weiter verankert und etabliert werden. Die VRE steht für eine breite Abstimmung unter den Regionen. *„Die breite Konsenssuche ist gesamteuropäisch sehr entscheidend. Nur auf dieser Basis können auch die besonderen Interessen z.B. von Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen, die ihre Staatsqualität in einer europäischen Verfassung angemessen verankert wissen wollen, durchgesetzt werden“*, betonte Palmer.

Die VRE erklärt in ihrer EntschlieÙung gegenüber dem Konvent, dass ein Europa von unten nach oben nur dann richtig verstanden werden wird, wenn Regionen und Kommunen im Vertrag ausdrücklich genannt sind. Die Kompetenzordnung soll künftig klare Orientierungen geben und deren Einhaltung soll auch im Interesse von Regionen wirksam überprüft werden können. Zentrale Politikbereiche der Mitgliedsstaaten, wie der innere Staatsaufbau, die regionale Gliederung, die kommunale Selbstverwaltung, die Förderung der Kultur und die Umsetzung von EU-Regelungen sollen im Verfassungsvertrag geschützt werden. Die Regionen erwarten, dass der Verfassungsvertrag Werte und Grundentscheidungen an die Spitze stellt und Prinzipien für die Ausübung der Kompetenzen verankert, wie das Verhältnismäßigkeitsprinzip und das Subsidiaritätsprinzip. *"Das Prinzip der Subsidiarität in den Verträgen muss auch ausdrücklich die regionale und kommunale Ebene erwähnen"* sagte Liese Prokop, Präsidentin der VRE und Landeshauptmann-Stellvertreterin von Niederösterreich-A. Die Regionen erwarten auch, dass die Europäische Solidarität neu verankert wird und die EU-Förderung auf deutlich schwächere Regionen konzentriert werden wird.

Immeuble Europe, 20 place des Halles, F – 67054 STRASBOURG Cedex (France)
Téléphone (+33) 3 88 22 07 07 – Téléfax (+33) 3 88 75 67 19
E-mail : secretariat@are-regions-europe.org ou infopresse@are-regions-europe.org



Die Ost-Erweiterung ist ein weiteres wesentliches Thema der VRE. Für die Dänische Regierung steht dieses Thema oben auf der Liste der Prioritäten ihrer EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2002. *"Wir hoffen auf ein schnelles Fortschreiten des Erweiterungsprozesses. Erste Abkommen können möglicherweise schon vor Ende 2002 abgeschlossen werden"* so Liese Prokop. *"Die VRE beharrt darauf, dass jedes Beitrittsland je nach Stand seiner Beitrittsvorbereitungen unterschieden wird. Die "Kopenhagener Kriterien" bleiben für jedes Land grundlegend und jeder, der sie erfüllt, kann ohne Probleme der EU beitreten"* fügte sie hinzu. Diesbezüglich wird die VRE gemeinsam mit den dänischen Regionen und Gemeinden in Brüssel am 5. Juli 2002 in Brüssel-B eine Konferenz zu dem Thema "Die Erweiterung aus lokaler und regionaler Perspektive", organisieren.

Die VRE beschließt ebenfalls für eine Weiterentwicklung des Konzepts der regionalen Partnerschaften einzutreten. Diese existieren zwar schon in unterschiedlicher Art und Weise, genießen jedoch derzeit keinerlei rechtliche oder institutionelle Anerkennung. Die VRE-Kommission 'Institutionelle Angelegenheiten' wurde mit der Gründung einer Arbeitsgruppe über die regionalen Partnerschaften betraut. Ihr wichtigstes Anliegen wird die Förderung dieses Konzepts, sowie seine formelle Anerkennung durch die Europäischen Institutionen sein. Das VRE-Präsidium spricht sich ebenfalls für ein europäisches "Jahr der Städte- und regionalen Partnerschaften" aus.

Darüber hinaus plant die VRE im Jahr 2002 drei weitere Konferenzen, die für zahlreiche Minister und politisch Verantwortliche eine wichtige politische Plattform der interregionalen Koordination bilden. Merken Sie schon jetzt die Daten dieser Konferenzen vor:

- am 18. Oktober in Brixen-Italien, Kulturministerkonferenz,
- am 8. November in Mailand-Italien, Konferenz der Minister für Gesundheit und Soziales,
- am 14. und 15. November in Pécs-Ungarn, Konferenz der Raumordnungsminister.

Weitere Informationen sowie die Programme für die Konferenzen sind im Sekretariat der VRE erhältlich.

VRE-Kontakte:

Klaus Klipp, Generalsekretär (Tel.: +33 3 88 22 74 40), Barbara Skoczylas-Thauront oder Francine Huhardeaux, Presse- & Kommunikationsdienst (Tel. +33 3 88 22 74 46 oder 49), e-Mail infopresse@are-regions-europe.org

Weitere Informationen über die VRE unter: www.are-regions-europe.org